

Neuere Entwicklungen im Schiedsverfahrensrecht der Vereinigten Arabischen Emirate

1. Allgemeines

Das Schiedsverfahrensrecht der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) ist bislang ausschließlich als Teil der Zivilprozessordnung der VAE (ZPO-VAE)¹ in den Art. 203-218 ZPO-VAE sowie in Bezug auf die Vollstreckung ausländischer Schiedsgerichtsurteile in den Art. 235 - 238 ZPO-VAE geregelt. Der Regelungsumfang ist eher gering, was allein anhand der Anzahl der entsprechenden Artikel zum Beispiel im Vergleich zum Umfang der Regelungen zum Schiedsverfahrensrecht in der deutschen ZPO deutlich wird.

Während Deutschland das Schiedsverfahrensrecht bereits im Jahre 1998 auf der Basis des weltweit anerkannten „UNCITRAL² Model Law on International Commercial Arbitration – 1985“³ (nachstehend ‚UNCITRAL Modellgesetz 1985‘) novelliert hat, um unter anderem der zunehmenden Bedeutung der Schiedsgerichtsbarkeit in der Wirtschaft Rechnung zu tragen, haben die VAE nunmehr auch die Bedeutung der Schiedsgerichtsbarkeit für die Entwicklung der lokalen Wirtschaft erkannt und erste vorbereitende Schritte in Richtung Modernisierung des lokalen Schiedsverfahrensrechts unternommen. In den vergangenen Jahren sind verschiedene Entwürfe für ein novelliertes Schiedsverfahrensgesetz zirkuliert worden. Bis zum heutigen Tage ist jedoch noch kein neues Schiedsverfahrensgesetz verabschiedet worden.

Allerdings sind die VAE im Jahr 2006 als 138. Staat dem **New Yorker Übereinkommen vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche**⁴ (New Yorker Übereinkommen) beigetreten, was weithin als Zwischenschritt auf dem Weg zur Novellierung des Schiedsverfahrensrechts angesehen wird.

Der zuletzt vom Justizministerium der VAE im Mai 2010 veröffentlichte Entwurf eines neuen Schiedsverfahrensgesetzes (nachstehend ‚Gesetzesentwurf‘)⁵ orientiert sich am ägyptischen Schiedsverfahrensgesetz,⁶ welches seinerseits wiederum

¹ Bundesgesetz Nr. 11/1992

² UNCITRAL – United Nations Commission on International Trade Law (Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht)

³ Modellgesetz über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit aus dem Jahre 1985.

⁴ Das entsprechende Ratifizierungsgesetz (Verordnung Nr. 43/2006) wurde im VAE-Gesetzblatt Nr. 450 vom 21. August 2006 veröffentlicht und am 19. November 2006 ins lokale Recht transformiert.

⁵ Der arabische Wortlaut des Draft Law (مشروع قانون إتحادي رقم () لسنة 2010 في شأن التحكيم) ist im Annex zu diesem Beitrag abgedruckt.

⁶ Law No. 27 / 1994 promulgating the law concerning arbitration in civil and commercial matters; zur Historie des ägyptischen Schiedsrecht vgl. *Krüger, H., Zur Geschichte der*

ebenfalls auf dem UNCITRAL Modellgesetz 1985 beruht.⁷ Es wird allgemein erwartet, dass dieser Entwurf mit einiger Wahrscheinlichkeit tatsächlich umgesetzt und durch den Gesetzgeber in Kraft gesetzt werden wird.⁸ Anlass genug, einige Regelungen des Gesetzentwurfes insbesondere vor dem Hintergrund des UNCITRAL Modellgesetzes 1985 etwas näher zu betrachten.

2. UNCITRAL Modellgesetz 1985

Das UNCITRAL Modellgesetz 1985 war das Resultat der Bemühungen der Vereinten Nationen, eine Vereinheitlichung der verschiedenen nationalen Regelungen zum Schiedsverfahrensrecht in den Mitgliedsstaaten im Hinblick auf die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit durchzusetzen. Das UNCITRAL Modellgesetz 1985 ist durch das „UNCITRAL Model Law on International Commercial Arbitration – 2006“⁹ (nachstehend ‚UNCITRAL Modellgesetz 2006) weiter konkretisiert worden und sieht insbesondere Änderungsvorschläge im Bezug auf die Form der Schiedsgerichtsvereinbarung (Arbitration Agreement)¹⁰ sowie sonstige richterliche Maßnahmen, wie z.B. Interim Measures,¹¹ vor.

Die wesentlichen Grundprinzipien und Ziele die bereits das UNCITRAL Modellgesetz 1985 für das Schiedsverfahrensrecht statuiert, sind naturgemäß unverändert geblieben und unter anderem gelten folgende Kernpunkte:

Die Beteiligung der staatlichen Gerichte soll beschränkt werden und der Wille der Parteien (Parteiautonomie) im Hinblick auf die Vereinbarung des Verfahrens zur Streitbeilegung soll im Vordergrund stehen. Gleichwohl soll ein begrenzter Katalog von zwingenden Verfahrensvorschriften dafür sorgen, dass ein faires Verfahren zu jedem Zeitpunkt gewährleistet ist. Darüber hinaus sollen Regularien geschaffen werden, die sicherstellen, dass ein Schiedsverfahren auch dann durchgeführt werden kann, wenn die Parteien nicht in der Lage sind, im Hinblick

Schiedsgerichtsbarkeit im Nahen und Mittleren Osten, In: Festschrift für Gunther Kühne, Frankfurt 2009, S. 756 f.

⁷ Das UNCITRAL Modellgesetz 1985 ist zwischenzeitlich von 62 Ländern im Wesentlichen übernommen worden.

⁸ In den zurückliegenden Jahren sind mehrere Entwürfe zirkuliert worden, die jedoch den Schritt in die Umsetzung nicht geschafft haben, vgl. *Punwar, P.*, Draft Arbitration Laws published by Ministry of Economy and DIFC, In: Law Update, Dubai (2008), Issue 204, Seite 5 f.

⁹ Das Modellgesetz über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit aus dem Jahre 2006 ist von der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit Beschluss Nr. 61/33 (2006) verabschiedet worden (www.uncitral.org). Der vorliegende Gesetzentwurf basiert auf der Grundlage des UNCITRAL Modellgesetz 1985 und berücksichtigt die Änderungen des UNCITRAL Modellgesetz 2006 nicht.

¹⁰ Art. 7 UNCITRAL Modellgesetz 1985 / 2006

¹¹ Art. 17 UNCITRAL Modellgesetz 1985 / 2006

auf alle verfahrensrechtlich relevanten Punkte eine Einigung zu erzielen. Der letztgenannte Punkt erfordert eine weitgehende Autonomie des Tribunals, d.h. der/des zur Streitbeilegung ernannten Schiedsrichter(s), die durch etwaige staatliche Gerichte unterstützt wird, indem diese auf Anforderung durch das Tribunal entsprechende sonstige richterliche Maßnahmen einleiten. Die Zuständigkeit der staatlichen Gerichte ist in erster Linie auf diese Hilfestellungen zu beschränken und darf nicht genutzt werden, um das Schiedsverfahren selbst zu beeinflussen.

3. Besonderheiten des Gesetzentwurfs

Der Gesetzentwurf greift die vorstehenden Grundprinzipien des UNCITRAL Modellgesetz 1985 auf und folgt diesen in weiten Teilen. Gleichwohl bestehen einzelne Besonderheiten des lokalen Rechts der VAE im Allgemeinen sowie der aktuellen Regelungen des VAE Schiedsverfahrensrechts (Art. 203 – 218 ZPO-VAE) im Besonderen, die im Gesetzentwurf Niederschlag gefunden haben und im Folgenden kurz dargestellt werden. Die Darstellung ist nicht abschließend und erschöpft nicht den gesamten Regelungsgehalt des Gesetzentwurfs.

Vorab ist anzumerken, dass der Gesetzentwurf sowohl für nationale als auch internationale Schiedsverfahren Anwendung finden soll, während das UNCITRAL Modellgesetz 1985 zur Regelung von internationalen Schiedsverfahren in Handelssachen entworfen worden ist. Damit geht der Gesetzentwurf im Regelungsgehalt über das UNCITRAL Modellgesetz 1985 hinaus¹², was einige Abweichungen mit sich bringt.

a. Zuständigkeit der lokalen Gerichte im Hinblick auf Schiedsverfahren bzw. Vollstreckung von Schiedssprüchen

Ein wesentlicher Punkt im Bezug auf Schiedsverfahren ist die Einbindung lokaler Gerichte sowohl bei der Durchführung eines Schiedsverfahrens selbst als auch bei der Vollstreckung von Schiedssprüchen.

Bezogen auf Schiedsverfahren sollen die Überprüfungs- bzw. Eingriffsmöglichkeiten der lokalen Gerichte nach den vorstehend beschriebenen Grundprinzipien des UNCITRAL Modellgesetz 1985 im Wesentlichen darauf beschränkt sein, das Verfahren bei Bedarf und auf Antrag des Schiedsgerichts oder der Parteien des Schiedsverfahrens zu unterstützen.

¹² vgl. Art. 1 UNCITRAL Modellgesetz 1985

Der Gesetzentwurf regelt in Artikel 5 die generelle Zuständigkeit der lokalen Gerichte für schiedsrechtliche Angelegenheiten soweit es auf eine Mitwirkung der lokalen Gerichte ankommt.

Der Wortlaut des Art. 5 des Gesetzentwurfs ist wie folgt:

Artikel 5

- 1- *Zuständig für die Prüfung der Fragen des Schiedsverfahrens, die durch dieses Gesetz an die Gerichtsbarkeit im Staate übertragen werden, ist das Gericht, das ursprünglich für die Prüfung des Streites zuständig ist, sei es, dass es zur föderalen Gerichtsbarkeit des Staates gehört oder zur lokalen Gerichtsbarkeit. Wenn es sich aber um ein Internationales Schiedsverfahren in Handelssachen handelt, sei es, dass es im Staate oder im Ausland durchgeführt wird, dann ist das Bundesberufungsgericht in Abu Dhabi zuständig, wenn sich die beiden Seiten nicht auf ein anderes Berufungsgericht im Staate geeinigt haben.*
- 2- *Das Gericht, dem lt. dem vorausgegangenem Absatz die alleinige Zuständigkeit zugebilligt wird, bleibt bis zum Ende aller Maßnahmen des Schiedsverfahrens zuständig.*

Der Gesetzentwurf unterscheidet somit zwischen nationalen und internationalen Schiedsverfahren. Im Rahmen nationaler Schiedsverfahren gelten die allgemeinen Zuständigkeitsregelungen der ZPO-VAE. Zu beachten ist, dass die ZPO-VAE die allgemeine internationale Zuständigkeit der VAE Gerichte¹³ ausdrücklich neben den Regelungen zur sachlichen¹⁴ und örtlichen¹⁵ Zuständigkeit vorsieht. Der Katalog der Tatbestände, in denen die lokalen Gerichte ihre internationale Zuständigkeit annehmen, ist weit gefasst. Denkbar sind folglich Konstellationen von (nationalen) Schiedsverfahren zwar mit internationalem Bezug, die jedoch nicht als internationale Schiedsverfahren in Handelssachen im Sinne des Art. 4 des Gesetzentwurfes zu werten sind. Für diese gelten dann die allgemeinen Zuständigkeitsregelungen der ZPO-VAE. Der Wortlaut des Art. 4 des Gesetzentwurfes ist wie folgt:

Artikel 4

Das Schiedsverfahren ist laut diesem Gesetz – selbst wenn es im Staate abläuft – ein internationales Verfahren, wenn der Streitgegenstand mit dem internationalen Handel in Zusammenhang steht. Das trifft in einem der folgenden Fälle zu:

¹³ Art. 20 – 24 ZPO-VAE

¹⁴ Art. 25 – 30 ZPO-VAE

¹⁵ Art. 31 – 41 ZPO-VAE

- 1- Wenn das Hauptzentrum für die Tätigkeiten beider Seiten des Schiedsverfahrens zum Zeitpunkt des Abschlusses der Vereinbarung über das Schiedsverfahren in zwei verschiedenen Staaten liegt. Wenn eine der beiden Seiten mehrere Zentren für Tätigkeiten hat, dann ist das Zentrum maßgeblich, dass die engste Verbindung zum Gegenstand der Vereinbarung des Schiedsverfahrens hat. Wenn keine der beiden Seiten des Schiedsverfahrens ein Zentrum für Tätigkeiten hat, dann ist der gewöhnliche Aufenthaltsort maßgeblich.
- 2- Wenn das Hauptzentrum der Tätigkeit beider Seiten des Schiedsverfahrens zum Zeitpunkt des Abschlusses der Vereinbarung über das Schiedsverfahren im gleichen Staate liegt und eine der folgenden Stätten außerhalb dieses Staates liegt:
 - a) die Stätte für die Durchführung des Schiedsverfahrens wie sie in der Vereinbarung über das Schiedsverfahren bestimmt wird oder wie auf die Art und Weise ihrer Bestimmung verwiesen wird;
 - b) die Stätte der Durchführung einer wesentlichen Seite der Verpflichtungen, die aus den Handelsbeziehungen zwischen den beiden Seiten resultieren; oder
 - c) Die Stätte, die am engsten mit dem Streitgegenstand verbunden ist.
- 3- Wenn der Streitgegenstand, auf dem die Vereinbarung über das Schiedsverfahren aufbaut, mit mehr als einem Staate verbunden ist.

Der Gesetzentwurf enthält keine eigenen weiteren Regelungen hinsichtlich der Zuständigkeit der lokalen Gerichte in nationalen Schiedsverfahren, sondern belässt es bei dem Verweis auf die allgemeinen Zuständigkeitsvorschriften der ZPO-VAE.¹⁶

Etwas anderes gilt indes für internationale Schiedsverfahren in Handelssachen, die durch Art. 3 und Art. 4 des Gesetzentwurfs legaldefiniert sind.

Der Wortlaut des Art. 3 Draft Law ist wie folgt:

Artikel 3

Schiedsverfahren werden im Rahmen dieses Gesetzes als kommerziell betrachtet, wenn der Streit über eine rechtliche Beziehung mit einem wirtschaftlichen Charakter entsteht, sei es eine durch Vertrag geregelte Beziehung oder nicht. Das umfasst z.B. die Lieferung von Waren oder Leistungen, die Handelsagenturen, Bauverträge, ingenieurtechnisches oder technisches Know-how, Genehmigungen im Bereich der Industrie und des Tourismus und andere Bereiche,

¹⁶ Vgl. Art. 5 Abs. 1 S. 1 des Gesetzentwurfs; im Rahmen der deutschen ZPO sieht §1062 ZPO eine ausdrückliche Regelung zur örtlichen und sachlichen Zuständigkeit der staatlichen Gerichte vor.

Technologietransfer, Investitionen, Entwicklungsverträge, Bankoperationen, Versicherung, Transport, Exploration und Förderung von Naturschätzen, Erzeugung oder Lieferung von Energie, Errichtung von Gas- und Ölleitungen, Bau von Straßen und Tunneln, Erschließung von Bodenflächen, Umweltschutz, Errichtung von Atomreaktoren.

Die Definitionen von Art. 3 und Art. 4 des Gesetzentwurfs sind im Umfang den Vorschlägen des UNCITRAL Modellgesetz 1985¹⁷ weitgehend vergleichbar. Von praktischer Bedeutung ist die generelle Zuständigkeitszuweisung zum Bundesberufungsgericht in Abu Dhabi¹⁸ für alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit internationalen Schiedsverfahren in Handelssachen, die durch lokale Gerichte entschieden werden müssen. Dies betrifft zum einen die Aufgaben im Rahmen eines laufenden internationalen Schiedsverfahrens in Handelssachen, d.h. die sonstigen richterlichen Maßnahmen wie z.B.: Maßnahmen des vorläufigen Rechtsschutzes,¹⁹ Bestellung der/des Schiedsrichter(s)/Schiedsgerichts;²⁰ Beweiserhebungen,²¹ und zum anderen die Maßnahmen zur Vollstreckung von internationalen Schiedssprüchen in Handelssachen.²²

Die Zuweisung der Zuständigkeit zum Bundesberufungsgericht Abu Dhabi ist dem föderalen Status der VAE geschuldet, der ein uneinheitlich ausgebildetes Gerichtssystem mit sich bringt. Auf der Grundlage der Verfassung der VAE²³ ist jedes Emirat ermächtigt, einen eigenen lokalen Instanzenzug zu schaffen. Bis zum Jahr 2006 hatten lediglich die Emirate Dubai²⁴ und Ras Al Khaimah von diesem verfassungsrechtlich verankerten Anspruch zur Schaffung eines lokalen Gerichtssystems Gebrauch gemacht. Die anderen Emirate (Abu Dhabi, Sharjah,

¹⁷ Art. 1 UNCITRAL Modellgesetz 1985

¹⁸ Im Arabischen: محكمة استئناف أبو ظبي الاتحادية; auf der Grundlage von Art. 12 des Bundesgesetzes Nr. 3/1983 hinsichtlich der föderalen richterlichen Gewalt ist der Sitz des Bundesberufungsgerichts in der Hauptstadt der VAE. Weitere Bundesberufungsgerichte existieren in den Emiraten in denen kraft eines Bundesgesetzes die Errichtung eines Bundesberufungsgerichts angeordnet ist (gegenwärtig: Ajman und Fujairah (Bundesgesetz Nr. 20/2000) sowie Umm Al Quwain (Bundesgesetz Nr. 18/2005)). Eine Besonderheit stellt die Stadt Al Ain dar, die zwar kein eigenes Emirat ist, jedoch unter der Herrschaft des verstorbenen Sheikh Zayed Bin Sultan Al Nahyan stets eine Sonderstellung genossen hatte. Al Ain hat auf der Grundlage von Bundesgesetz Nr. 21/2000 ebenfalls ein eigenes Bundesberufungsgericht.

¹⁹ Art. 6 Gesetzentwurf

²⁰ Art. 18 Gesetzentwurf

²¹ Art. 36 Gesetzentwurf

²² Art. 52 ff. Gesetzentwurf

²³ Art. 104, 122 VAE-Verfassung.

²⁴ Dubai Gesetz Nr. 3/1992

Ajman, Umm Al Quwain und Fujairah) waren seit dem Jahr 1978 dem föderalen Gerichtssystem²⁵ angeschlossen, wobei oberster Gerichtshof und Revisionsinstanz für Rechtsstreitigkeiten in diesen Emiraten der Oberste Föderale Gerichtshof in Abu Dhabi war²⁶. Im Jahr 2006²⁷ hat das Emirat Abu Dhabi ebenfalls vom verfassungsmäßig gewährten Recht der autonomen Regelung des Gerichtssystems Gebrauch gemacht und – wie Dubai²⁸ – einen 3-stufigen lokalen Instanzenzug einschließlich eines Kassationsgerichtshofes eingeführt, der die allgemeine Zuständigkeit der föderalen Gerichte in Abu Dhabi grundsätzlich abgelöst hat.

Der Zuständigkeitsverweis für Angelegenheiten im Zusammenhang mit internationalen Schiedsverfahren in Handelssachen an das Bundesberufungsgericht Abu Dhabi birgt sowohl Vor- als auch Nachteile.

Als wesentlicher Vorteil kann unter anderem betrachtet werden, dass die Zuweisung zu einem spezialisierten Gericht innerhalb der VAE zu einer einheitlichen Rechtsprechung im Hinblick auf internationale Schiedsverfahren in Handelssachen führen wird, was angesichts der in der Vergangenheit teilweise doch recht unterschiedlichen Auffassungen des Obersten Föderalen Gerichtshof in Abu Dhabi und des Kassationsgerichts in Dubai in vergleichbaren Rechtsfragen sicherlich einen Fortschritt darstellt.

Gerade dieser zentralisierte Ansatz birgt vor dem Hintergrund des dezentralisierten Gerichtssystems jedoch auch die Gefahr, dass die konkrete Ausübung der Rechtsprechungsgewalt zusätzliche administrative Hürden überwinden muss. Dies dürfte insbesondere in zwei Bereichen, nämlich der Frage der Vollstreckung von Schiedssprüchen und der Durchführung sonstiger richterlicher Maßnahmen, Bedeutung erlangen.

i. Vollstreckung von Schiedssprüchen

Soll beispielsweise die Vollstreckung eines internationalen Schiedsspruches in Handelssachen in Dubai erfolgen, ist gleichwohl zunächst das Bundesberufungsgericht Abu Dhabi zuständig, welches dann intern im Wege der

²⁵ Auf der Grundlage von Bundesgesetz Nr. 6/1978 zur Errichtung der föderalen Gerichte und der Übertragung der Rechtsprechungsgewalt einiger Emirate auf die lokalen Gerichte wurden die damals bestehenden lokalen Gerichte 1. und 2. Instanz in föderale Gerichte umgewandelt.

²⁶ Der Oberste Föderale Gerichtshof in Abu Dhabi ist gleichzeitig auch oberster Verfassungsgerichtshof der VAE.

²⁷ Abu Dhabi Gesetz Nr.23/2006.

²⁸ Das Kassationsgericht von Dubai ist gleichzeitig auch der oberste Gerichtshof für das Emirat Ras Al Khaimah.

Amtshilfe die Gerichte in Dubai bzw. deren Vollstreckungsorgane in Anspruch nehmen muss, um die Vollstreckung in Vermögen des Schuldners, welches sich in Dubai befindet, zu ermöglichen.

Grundsätzlich wird diese Zusammenarbeit der Rechtsorgane durch Bundesgesetz Nr. 11/1973 geregelt.²⁹ Art. 13 Bundesgesetz Nr. 11/1973 sieht unter anderem auch die Vollstreckung von Schiedssprüchen vor.³⁰ Allerdings bezieht sich dieses Gesetz wohl nur auf nationale Schiedssprüche, die in einem Emirat ergangen sind und in einem anderen Emirat vollstreckt werden sollen. In Bezug auf die Vollstreckung von Schiedssprüchen aus internationalen Schiedsverfahren in Handelssachen würde sicherlich interessant werden, wie das zuständige Gericht das Zusammenspiel der sonstigen lokalen gesetzlichen Bestimmungen mit den nunmehr in nationales Rechts transformierten Vorgaben des New Yorker Übereinkommens³¹ handhaben wird.

ii. Sonstige richterliche Maßnahmen

Weiterer Problempunkt in diesem Zusammenhang wird die Durchsetzung sonstiger richterlicher Maßnahmen (Art. 6 Gesetzentwurf) im Hinblick auf internationale Schiedsverfahren in Handelssachen sein. Es ist unklar, in welcher Form gegebenenfalls Amtshilfe durch die jeweils betreffenden Gerichte der Teilemirate, in denen die jeweilige Maßnahme (z.B. Zustellungen, Beweisaufnahmen) stattfinden muss, beantragt und umgesetzt werden wird. Auf der Grundlage der Erfahrungen zur Kooperation der lokalen Gerichte in emiratsübergreifenden Sachverhalten in laufenden allgemeinen Gerichtsverfahren steht zu befürchten, dass im Hinblick auf Schiedsverfahren nicht unerheblicher zusätzlicher administrativer Aufwand betrieben werden muss, was der Prozessökonomie sicherlich nicht zuträglich sein wird. Sollte der Entwurf tatsächlich in Kraft treten, folgen möglicherweise noch weitere Ausführungsbestimmungen auf föderaler Ebene welche die Zusammenarbeit der Rechtspflegeorgane regeln werden.

b. Erfordernis einer speziellen Vollmacht des Vertreters zur Unterzeichnung einer Schiedsvereinbarung

²⁹ Bundesgesetz Nr. 11/1973 zur Ordnung der richterlichen Beziehungen zwischen den Teilemiraten der Föderation

³⁰ Art. 13 des Bundesgesetz Nr. 11/1973 sieht vor, dass eine inhaltliche Überprüfung des Schiedsspruches durch das Vollstreckungsgericht grundsätzlich nicht erfolgt, gleichwohl besteht ein Katalog verschiedener formeller Vollstreckungsvoraussetzungen, die durch das jeweilige Vollstreckungsgericht zu prüfen sind einschließlich eines Verweises auf den *ordre public* im jeweiligen Teilemirat.

³¹ vgl. oben Fussnote 4

Art. 13 des Gesetzentwurfs hält an dem bislang in Artikel 203 Abs. 4 Satz 2 ZPO-VAE festgelegten Grundsatz fest, dass eine Schiedsvereinbarung nichtig ist, wenn sie von einer Person unterzeichnet worden ist, die bezüglich des Streitgegenstandes nicht verfügungsbefugt ist. Der Gesetzentwurf weicht insofern von den Vorgaben des UNCITRAL Modellgesetzes 1985 ab, welches keine vergleichbare Vorschrift bereithält.

In diesem Zusammenhang ist auf ein Urteil des Kassationsgerichts Dubai vom 06. März 1999³² hinzuweisen, in welchem das Gericht entschieden hat, dass eine Schiedsvereinbarung, die für eine der Parteien von einem Vertreter unterzeichnet worden ist, dann nicht bindend ist, wenn dieser Vertreter nicht ausdrücklich auch zum Abschluss von Schiedsvereinbarungen bevollmächtigt worden ist. Diese Rechtsprechung hätte voraussichtlich auch weiterhin im Hinblick auf den Wortlaut des Gesetzentwurfs Bestand.

c. Einrede des Bestehens einer Schiedsvereinbarung

Art. 15 des Gesetzentwurfs regelt grundsätzlich, dass die Erhebung einer Klage vor den ordentlichen Gerichten unzulässig ist. Die Gerichte prüfen das Vorliegen einer Schiedsvereinbarung jedoch nicht von Amts wegen, sondern nur auf Einrede des Beklagten. Die Regelung des Art. 15 des Gesetzentwurfs weicht vom Wortlaut des Art. 8 Abs. 1 UNCITRAL Modellgesetz 1985 ab, der auf den Zeitpunkt der ersten Einlassung zur Sache im Verfahren abstellt. Demnach ist der Antrag des Beklagten auf Abweisung des Verfahrens vor Stellung jeglicher anderer Anträge erforderlich.

Der Wortlaut der Regelung des Gesetzentwurfs lässt weiterhin Fragen offen.

Nach der aktuellen Rechtslage auf der Grundlage der Bestimmungen des Artikel 203 Abs. 5 ZPO-VAE ist die Einrede der Schiedsvereinbarung im ersten Verhandlungstermin zu erheben.³³ Lässt sich die andere Partei rügelos auf das ordentliche Gerichtsverfahren ein, so wird unwiderlegbar vermutet, dass die Parteien auf ihr Recht auf Durchführung eines Schiedsverfahrens verzichtet haben. Zu beachten ist, dass die Rüge der entgegenstehenden Schiedsvereinbarung nach der Rechtsprechung des Kassationsgerichts Dubai im ersten Verhandlungstermin vorgebracht werden muss und es unbeachtlich ist, ob dabei eine sachliche Einlassung erfolgt. Nach der Rechtsprechung der Gerichte in Abu Dhabi gilt der

³² Dubai Kassationsgericht, Urteil 91/1998 vom 06. März 1999.

³³ siehe dazu auch Dubai Kassationsgericht, Urteil 235/1999 vom 23. Oktober 1999.

erste Verhandlungstermin als der Termin, in welchem die erste sachliche Einlassung erfolgt ist.³⁴

Zu beachten ist, dass vor den lokalen Gerichten der erste Termin oftmals nur zur Aufnahme der Formalia³⁵ (wie zum Beispiel der Feststellung der ordnungsgemäßen Zustellung der Ladung, Vorlage der Vollmachten) und weiteren Terminbestimmung dient. Eine Einlassung zur Hauptsache findet regelmäßig nicht statt. Nach dem Wortlaut des Art. 15 des Gesetzentwurfs ist im Zweifel davon auszugehen, dass die Einrede der Schiedsvereinbarung bereits bis spätestens zu diesem Zeitpunkt zu erheben ist, da sonst die Gefahr besteht, dass die lokalen Gerichte von einem Verzicht der Geltendmachung der Schiedsvereinbarung ausgehen. Eine präzisere sprachliche Regelung, die den Zeitpunkt der Geltendmachung der Einrede genauer bezeichnet, wäre angesichts der vorstehend beschriebenen unterschiedlichen Auffassungen der Gerichte in Dubai und Abu Dhabi wünschenswert.

Geht man von der Annahme aus, dass die Einrede der Schiedsvereinbarung zum frühest möglichen Zeitpunkt erfolgen muss, ist dies aus dem deutschen Rechtsverständnis heraus wiederum nicht ungewöhnlich, vergleicht man zum Beispiel die Rügeobliegenheiten des Beklagten nach der vergleichbaren Vorschrift des § 1032 I ZPO³⁶. Demnach muss der Beklagte die Einrede der Schiedsvereinbarung bereits vor Beginn der mündlichen Verhandlung zur Hauptsache erheben. Ist dem Beklagten vor der mündlichen Verhandlung eine Frist zur Klageerwiderung gesetzt worden, so hat er die Rüge schon innerhalb dieser Frist geltend zu machen.

d. Befugnis des Schiedsgerichts über die eigene Zuständigkeit und Wirksamkeit der Schiedsvereinbarung zu entscheiden

Eine Frage, die sich im Rahmen von Schiedsverfahren regelmäßig stellt, ist die nach der Zuständigkeit des Schiedsgerichts sowie der Befugnis des Schiedsgerichts über das wirksame Zustandekommen der dem Schiedsverfahren zugrundeliegenden Schiedsvereinbarung - auch mit Bindungswirkung gegenüber den staatlichen Gerichten – zu entscheiden. Diese Befugnis ist in Artikel 16 UNCITRAL Modellgesetz 1985 verankert. In Deutschland ist die Befugnis des

³⁴ *Al Tamimi, E.*, Practical Guide to Litigation and Arbitration in the United Arab Emirates, Den Haag 2003, S. 149 f..

³⁵ Ein schriftliches Vorverfahren (§ 276 ZPO), wie in Deutschland üblich, wird von den lokalen Gerichten nicht durchgeführt.

³⁶ vgl. *Walter, G.*, Kapitel 7. Wirkung und Rechtsnatur der Schiedsvereinbarung. In: Schwab/Walter (Hrsg.), Schiedsgerichtsbarkeit / Kommentar, München 2005, S. 49 ff.

Schiedsgerichts zur Entscheidung über die eigene Zuständigkeit mittlerweile in § 1040 Abs. 1 ZPO normiert. Eine Entscheidung des Schiedsgerichts, die eigene Zuständigkeit betreffend, kann jedoch gemäß § 1040 Abs. 3 ZPO von einer der Parteien angegriffen und vor den ordentlichen Gerichten eine Entscheidung betreffend die Zuständigkeit des Schiedsgerichts in der Sache beantragt werden.

Gegenwärtig sieht die ZPO-VAE keine vergleichbare Regelung vor und es ist unter den Rechtsgelehrten in den VAE umstritten, ob ein Schiedsgericht über seine eigene Kompetenz positiv entscheiden kann. Somit kann nach derzeitiger aktueller Rechtslage nicht ausgeschlossen werden, dass eine Partei eine derartige Entscheidung des Schiedsgerichts angreift und die Sache bei den ordentlichen Gerichten anhängig macht, verbunden mit dem Antrag, über die Zuständigkeit des Schiedsgerichts positiv oder negativ zu entscheiden.

Art. 23 des Gesetzentwurfs greift diese Problematik auf und sieht in Anlehnung an Art. 16 UNCITRAL Modellgesetz 1985 nunmehr auch die Befugnis des Schiedsgerichts vor, über die eigene Zuständigkeit einschließlich der Wirksamkeit der Schiedsvereinbarung zu entscheiden.

Der Wortlaut von Art. 23 des Gesetzentwurfs ist wie folgt:

Artikel 23

- 1- Das Schiedsgericht entscheidet bei den Einreden, die mit seiner Nicht-Zuständigkeit in Zusammenhang stehen, einschließlich der Einreden, die auf der Nicht-Existenz einer Schiedsvereinbarung oder ihrer Hinfälligkeit oder Ungültigkeit aufbauen oder darauf aufbauen, dass sie den Streitgegenstand nicht umfasst.*
- 2- Solche Einreden müssen erhoben werden bis zu einem Termin, der nicht später liegt als der Termin der Einreichung der Verteidigungsschrift des Beklagten, auf den in Absatz (2) des Artikels 29 dieses Gesetzes verwiesen wird. Daraus, dass eine der beiden Parteien des Schiedsverfahrens einen Schiedsrichter ernannt oder an seiner Ernennung mitgewirkt hat, folgt nicht, dass ihr Recht auf Einreichung jeglicher dieser Einreden hinfällig wird. Die Einrede, dass die Schiedsvereinbarung nicht das umfasst, was die andere Seite an Fragen während der Prüfung des Streites aufwirft, muss sofort erhoben werden. Wenn das nicht geschieht, dann wird das Recht darauf hinfällig. In allen Fällen ist es zulässig, dass das Schiedsgericht die verspätete Einrede akzeptiert, wenn es der Meinung ist, dass die die Verspätung aus einem annehmbaren Grunde erfolgte.*
- 3- Das Schiedsgericht entscheidet zu den Einreden, auf die in diesem Artikel verwiesen wird, vor der Entscheidung zum Gegenstand, oder beschließt deren Hinzufügung zum Gegenstand, um über beides zusammen zu entscheiden. Wenn es entscheidet, die Einrede abzulehnen, dann kann nur über den Weg der Klageerhebung zur Hinfälligkeit des Schiedsspruches, der den ganzen Streitfall beendet, an der Einrede festgehalten werden.*

Gleichwohl ist in diesem Zusammenhang auf Art. 53 des Gesetzentwurfs hinzuweisen. Dieser sieht im Hinblick auf die Frage der Wirksamkeit einer Entscheidung des Schiedsgerichts über eine Schiedsvereinbarung die Möglichkeit vor, diese Entscheidung durch die ordentlichen Gerichte überprüfen zu lassen. Die jeweilige Partei kann bei den lokalen Gerichten beantragen, dass der Schiedsspruch aufgehoben wird, sofern keine wirksame Schiedsvereinbarung vorliegt. Damit hat das lokale Gericht die Möglichkeit, die Entscheidung des Schiedsgerichts über das Vorliegen einer wirksamen Schiedsvereinbarung auch noch nachträglich aufzuheben. Eine richterliche Entscheidung bereits vorab, d.h. im Laufe des Schiedsverfahrens herbeizuführen – wie etwa in § 1040 Abs. 3 ZPO vorgesehen – besteht indes nach dem Gesetzentwurf nicht.

e. Hinterlegung des Schiedsspruches beim zuständigen Gericht

Als eine weitere Besonderheit des Gesetzentwurfes ist die Regelung des Art. 46 Abs. 2 des Gesetzentwurfs anzusehen. Der Wortlaut von Art. 46 Abs. 2 des Gesetzentwurfs lautet wie folgt:

Artikel 46

1- [...]

2- Bei dem Schiedsverfahren, das zwischen den Streitparteien außerhalb des Gerichtes durchgeführt wird, müssen die Schiedsrichter ein unterschriebenes Exemplar des Schiedsspruches jeder Seite übergeben oder zustellen. Derjenige, zu dessen Gunsten, der Schiedsspruch gefällt wurde, muss das Original des Schiedsspruches oder eine Kopie davon in der Sprache, in der er ergangen ist mit deren Übersetzung durch eine autorisierte Stelle in die arabische Sprache, wenn er in einer anderen Sprache ergangen ist, beim Gerichtsschreiber, auf den in Artikel (5) dieses Gesetzes verwiesen wurde, innerhalb von 2 Wochen nach Ergehen des Schiedsspruches hinterlegen. Der Gerichtsschreiber stellt eine Niederschrift zu dieser Hinterlegung aus. Jede der beiden Seiten des Schiedsverfahrens kann beantragen, eine Kopie dieser Niederschrift zu erhalten.

Demnach ist der Schiedsspruch innerhalb von 2 Wochen nach dessen Erlass bei dem nach Art. 5 des Gesetzentwurfs zuständigen Gericht durch die begünstigte Partei zu hinterlegen. Eine vergleichbare Regelung findet sich weder in den aktuellen lokalen Vorschriften der ZPO-VAE noch in den Vorgaben des UNCITRAL Modellgesetzes 1985. Die praktische Bedeutung der Regelung ist derzeit schwer überschaubar. Nach ihrem Wortlaut ist davon auszugehen, dass sie sowohl für nationale als auch internationale sowie inländische und ausländische Schiedsverfahren gilt.

Grundsätzlich bedeutet dies zum Beispiel, dass im Falle eines internationalen Schiedsverfahrens in Handelssachen außerhalb der VAE, bei dem nach Erlass des Schiedsspruches eine Vollstreckung in den VAE begehrt wird, zwingend die fristwahrende Hinterlegung des Schiedsspruches beim Bundesberufungsgericht Abu Dhabi erforderlich wäre.

Es wird zu klären sein, ob eine Fristversäumnis zur Unwirksamkeit des Schiedsspruches, zumindest aus Sicht der VAE Gerichte, führt. In den Bestimmungen zur Angreifbarkeit eines Schiedsspruches (Art. 53 Gesetzentwurf) ist dieser Tatbestand zumindest nicht explizit genannt. Außerhalb der VAE dürfte diese Regelung ohnehin vor dem Hintergrund der Vorgaben der New Yorker Konvention wohl kein Vollstreckungshindernis darstellen.

f. Zeitliche Befristung des Schiedsverfahrens

Für etwas Überraschung sorgt auch die Regelung des Art. 44 des Gesetzentwurfs, der die zeitliche Befristung der Dauer eines Schiedsverfahrens eingehend regelt. Die zeitliche Befristung der Dauer eines Schiedsverfahrens wird vom UNCITRAL Modellgesetz 1985 nicht näher geregelt, ist jedoch bisher bereits in Art. 210 ZPO-VAE verankert. Diese Regelung ist auch im Gesetzentwurf weitgehend beibehalten worden. Demnach ist das Schiedsgericht gehalten, das Schiedsverfahren innerhalb von 6 Monaten nach der ersten mündlichen Verhandlung zu einem Abschluss zu bringen. Gleichwohl ist das Schiedsgericht berechtigt, eine Verlängerung von weiteren 6 Monaten zu gewähren, sofern es diese für notwendig erachtet. Wird das Verfahren nicht fristgemäß abgeschlossen und haben sich die Parteien nicht auf eine weitere Verlängerung der Frist einigen können, so steht es beiden Parteien offen, bei den zuständigen Gerichten eine weitere Verlängerung der Verfahrensdauer zu beantragen bzw. das Schiedsverfahren als gescheitert erklären zu lassen. In letzterem Falle müsste dann ein neues Verfahren vor den ordentlichen Gerichten angestrengt werden.

Angesichts der Tatsache, dass Schiedsverfahren in der Praxis regelmäßig mehr als 6 Monate und oft auch mehr als 12 Monate in Anspruch nehmen, kommt dieser Regelung einige Bedeutung zu. Aus Sicht des Schiedsgerichts ist darauf zu achten, ausdrücklich und rechtzeitig die Fristverlängerung zu erklären, da andererseits die Gefahr besteht, dass über die Einwirkung des lokalen Gerichtes das Verfahren für gescheitert erklärt wird und damit der Rechtsstreit entgegen dem ursprünglichen Willen der Parteien doch bei den ordentlichen Gerichten landet. Hier wird es auch auf die Haltung der zuständigen ordentlichen Gerichte ankommen, d.h. ob tendenziell eher Anträgen auf Verlängerung oder Anträgen auf Erledigung gefolgt werden wird. Welche Kriterien die lokalen Gerichte für ihre Entscheidungsfindung heranziehen werden, ist offen. Auch fehlt eine Regelung, inwieweit die

Aussetzung des Schiedsverfahrens zum Beispiel auf Antrag der Parteien den Fristlauf hemmt oder nicht.

Ein Anhaltspunkt hierzu findet sich in Art. 45 des Gesetzentwurfs, der zumindest für den Fall der Aussetzung des Verfahrens durch das Schiedsgericht aufgrund Vorwürfen von Straftaten (wie z.B. Fälschung von Dokumenten) eine Hemmung des Fristlaufs ausdrücklich vorsieht. Dies ist jedoch nur auf diesen speziellen Fall beschränkt.

Somit erscheint die gesamte Regelung des Art. 44 des Gesetzentwurfs im Ergebnis fragwürdig und möglicherweise nicht so praxisnah, wie von den Parteien gewünscht. Andererseits mögen diese Anforderungen gleichwohl dazu geeignet sein, das Verfahren insgesamt zu beschleunigen.

g. Überleitungsvorschriften

Letztlich sei noch anzumerken, dass der Gesetzentwurf keinerlei Überleitungsvorschriften vorsieht, mithin die Frage entsteht, ob bei Inkrafttreten des Gesetzes laufende Schiedsverfahren nunmehr nach den neuen Regelungen oder den bisherigen Regelungen der ZPO-VAE zu bewerten sind. Eine klarstellende Regelung wäre sicherlich angebracht.

In diesem Zusammenhang ist auch noch ein weiterer Themenkomplex von Bedeutung, nämlich die Frage der Geltung des Gesetzentwurfs für Schiedsverfahren im Dubai International Financial Center (DIFC).

h. Sonderrolle des DIFC

Vorab einige kurze Anmerkungen zum DIFC. Es handelt sich beim DIFC um eine Freihandelszone, die vorrangig für den Bereich des Finanzsektors geschaffen wurde.

Zur Gründung des DIFC ist unter anderem im Jahre 2003 die Verfassung der VAE geändert worden, um die Voraussetzungen für die Verabschiedung eines Gesetzes zu schaffen, mit welchem die Gründung von sogenannten „Financial Free Zones“ ermöglicht wurde. Das Bundesgesetz Nr. 8 aus 2004 betreffend Freizonen für das Finanzwesen bildet in diesem Zusammenhang die Grundlage für die Schaffung spezieller, auf Finanzdienstleistungen aller Art ausgerichteter „Financial Free Zones“. Gemäß Artikel 3 Abs. 2 dieses Gesetzes unterliegen „Financial Free Zones“ grundsätzlich dem VAE-Bundesrecht mit Ausnahme des föderalen Zivilrechts und des föderalen Handels- und Wirtschaftsrechts.

Die gesetzliche Grundlage für die Schaffung des DIFC als Freihandelszone bildet ein weiteres Gesetz, welches ebenfalls im Jahr 2004 in Kraft getreten ist und

gleichzeitig die Unabhängigkeit des DIFC von den in den VAE und im Emirat Dubai geltenden Rechtsvorschriften fixiert.³⁷ Danach ist das DIFC als „Financial Free Zone“ berechtigt, eigene Regularien zu schaffen, die anstelle der oben genannten bundesrechtlichen oder im Emirat Dubai anwendbaren Rechtsvorschriften und Gesetze für sämtliche im DIFC registrierten Firmen Anwendung finden.

Von dieser Befugnis hat das DIFC Gebrauch gemacht und per Gesetz (Judicial Authority Law)³⁸ auch ein eigenständiges Gerichtssystem geschaffen, welches sich von seiner Ausrichtung her stark am anglo-amerikanischen Gerichtssystem orientiert. Die Jurisdiktion der DIFC-Gerichte bezieht sich auf alle zivil- und wirtschaftsrechtlichen Angelegenheiten, wobei beispielsweise Strafsachen weiterhin der Jurisdiktion der ordentlichen Gerichte, hier also den ordentlichen Gerichten im Emirat Dubai, unterliegen.

Urteile der DIFC-Gerichte sind gemäß Artikel 7 Abs. 2 Judicial Authority Law nach Vorlage an die ordentlichen Gerichte in Dubai vollstreckbar. Gemäß Artikel 7 Abs. 3 Judicial Authority Law findet eine inhaltliche Überprüfung von Urteilen der DIFC-Gerichte durch die ordentlichen Gerichte in Dubai grundsätzlich nicht statt. Allerdings hat es in der jüngeren Vergangenheit insbesondere im Hinblick auf diesen Punkt eine Vielzahl von Diskussionen gegeben, so dass momentan die praktische Umsetzung der Kooperation der DIFC-Gerichte mit den ordentlichen Gerichten der VAE im Staatsgebiet unklar ist.

Interessant im Lichte des Gesetzentwurfs bzw. auch der derzeit bestehenden Regelungen der ZPO-VAE ist das DIFC-LCIA Arbitration Centre, welches im Februar 2008 im DIFC in Zusammenarbeit mit dem London Court of International Arbitration (LCIA) errichtet worden ist.

Das DIFC-LCIA Arbitration Centre ist als eigene Rechtspersönlichkeit in das DIFC und dessen Regelwerk eingebettet, der rechtliche Rahmen wird durch das DIFC Arbitration Law³⁹ gegeben. Das DIFC Arbitration Law basiert (wie auch die DIAC Rules) auf dem UNCITRAL Modellgesetz 1985.

Fraglich ist, ob der Gesetzentwurf auf Schiedsverfahren im DIFC Anwendung findet, was grundsätzlich aufgrund der Sonderstellung des DIFC und der bestehenden eigenen Gesetze wohl nicht anzunehmen ist. Gleichwohl kommt dem Gesetzentwurf wohl spätestens bei der Frage der Vollstreckung von Schiedssprüchen aus Schiedsverfahren im DIFC Bedeutung zu. Die DIFC-

³⁷ Dubai Gesetz Nr. 9/2004 “Das Gesetz des Dubai International Financial Centre”

³⁸ DIFC Law No. (12) of 2004 “Law of the Judicial Authority at Dubai International Financial Centre” (Judicial Authority Law).

³⁹ DIFC Law No. 1 of 2008.

Gerichte haben mit den Gerichten in Dubai ein Memorandum of Understanding⁴⁰ gezeichnet, welches unter anderem die Einigung auf ein Protokoll für die Vollstreckung von Urteilen der DIFC-Gerichte vorsieht, das gleichermaßen auf Schiedssprüche anwendbar ist. Für Schiedssprüche aus Schiedsverfahren mit Sitz im DIFC gilt demnach, dass diese zunächst durch die DIFC-Gerichte zu ratifizieren sind⁴¹ und anschließend durch die Gerichte in Dubai die Vollstreckung auf der Grundlage des vorstehend genannten Memorandum of Understanding erfolgt. Die Zuweisung der Vollstreckung an die Gerichte in Dubai widerspricht jedoch zumindest für internationale Schiedsverfahren in Handelssachen den Bestimmungen des Modelgesetzes, da diese gemäß Art. 5 des Gesetzentwurfs dem Bundesberufungsgericht in Abu Dhabi zugewiesen sind. Eine Klarstellung wäre diesbezüglich sicherlich geboten.

4. Schlussbemerkung

Der Gesetzentwurf stellt sicherlich einen erheblichen Fortschritt gegenüber den derzeit bestehenden gesetzlichen Regelungen der ZPO-VAE zum Schiedsverfahrensrecht dar, auch wenn einige Problemkreise weiterhin diskussionswürdig sind.

Es bleibt abzuwarten ob und in welcher Form der Gesetzentwurf tatsächlich in der Zukunft verabschiedet werden wird. Der Reformprozess der VAE im Bereich der Gesetzgebung ist im Hinblick auf die Schaffung weiterhin verbesserter Investitionsbedingungen, zu denen ein gut funktionierendes Rechtssystem einschließlich der erforderlichen Rechtssicherheit zweifelsohne gehören, weiter vorangetrieben worden, auch wenn sich das Tempo ‚gefühl‘ verlangsamt hat.

Weiterhin gilt, dass die VAE im Vergleich zu den anderen GCC Staaten diesbezüglich wohl die beste Transparenz bieten. Für die wirtschaftliche Entwicklung der Region in Zeiten einer weltweiten Wirtschaftskrise sind diese Faktoren von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

⁴⁰ “2009 Memorandum of Understanding between Dubai Courts and DIFC Courts”; weitere Memoranda wurden mit den Gerichten von Ras Al Khaimah und dem Justizministerium in Abu Dhabi gezeichnet

⁴¹ Art. 42 f. DIFC Law No. 1 of 2008

Annex: Arbitration Draft Law 2010

مشروع قانون اتحادي رقم () لسنة 2010 في شأن التحكيم

نحن خليفة بن زايد بن سلطان آل نهيان – رئيس دولة الامارات العربية المتحدة،
بعد الاطلاع على الدستور،
و على القانون الاتحادي رقم (1) لسنة 1972 بشأن اختصاصات الوزارات و صلاحيات الوزراء و
القوانين المعدلة له،
و على قانون المعاملات المدنية الصادر بالقانون الاتحادي رقم(5) لسنة 1985 و القوانين المعدلة له،
و على قانون الإثبات في المعاملات المدنية و التجارية الصادر بالقانون الاتحادي رقم (10) لسنة 1992،
و على قانون الإجراءات المدنية الصادر بالقانون الاتحادي رقم (11) لسنة 1992 و القوانين المعدلة له،
و على قانون الإجراءات الجزائية الصادر بالقانون الاتحادي رقم (35) لسنة 1992 و القوانين المعدلة له،
و على القانون الاتحادي رقم (1) لسنة 2006 بشأن المعاملات و التجارة الالكترونية،
و بناء على ما عرضه وزير الاقتصاد، و موافقة مجلس الوزراء، و المجلس الوطني الاتحادي، و تصديق
المجلس الأعلى للاتحاد.

أصدرنا القانون التالي:

الباب الأول

تعريف

مادة (1)

يكون للكلمات و العبارات التالية المعاني المبينة قرين كل منها ما لم يقض سياق النص بغير ذلك:

الدولة: دولة الامارات العربية المتحدة

اتفاق التحكيم: اتفاق أطراف التحكيم بإرادتهم الحرة على إحالة نزاعهم للتحكيم

هيئة التحكيم: الهيئة المشكلة من محكم فرد أو أكثر للفصل في النزاع المحال للتحكيم

الباب الثاني

أحكام عامة

مادة (2)

مع عدم الإخلال بالاتفاقيات الدولية المعمول بها في دولة الإمارات العربية المتحدة، تسري أحكام هذا القانون على كل تحكيم بين أطراف من أشخاص القانون العام أو القانون الخاص، أيا كانت طبيعة العلاقة القانونية التي يدور حولها النزاع، إذا كان هذا التحكيم يجري في الدولة، أو كان تحكيميا تجاريا دوليا يجري في الخارج و اتفق أطرافه على إخضاعه لأحكام هذا القانون.

مادة (3)

يكون التحكيم تجاريا في حكم هذا القانون إذا نشأ النزاع بشأن علاقة قانونية ذات طبع إقتصادي، عقدية كانت أو غير عقدية، و يشمل ذلك على سبيل المثال، توريد السلع أو الخدمات و الوكالات التجارية و عقود التشييد و الخبرة الهندسية أو الفنية و منح التراخيص الصناعية و السياحية و غيرها، و نقل التكنولوجيا و الاستثمار و عقود التنمية و عمليات البنوك و التأمين و النقل و عمليات تنقيب و استخراج الثروات الطبيعية و توليد أو توريد الطاقة و مد أنابيب الغاز أو النفط و شق الطرق و الأنفاق و استصلاح الأراضي و حماية البيئة و إقامة المفاعلات النووية.

مادة (4)

يكون التحكيم دوليا في حكم هذا القانون – حتى لو جرى في الدولة – إذا كان موضوع النزاع متعلقا بالتجارة الدولية و ذلك في إحدى الحالات الآتية:

1. إذا كان المركز الرئيسي لأعمال كل من طرفي التحكيم يقع في دولتين مختلفتين وقت إبرام اتفاق التحكيم. فإذا كان لأحد الطرفين عدة مراكز أعمال، فالعبرة بالمركز الأكثر ارتباطا بموضوع اتفاق التحكيم. و إذا لم يكن لأحد طرفي التحكيم مركز أعمال، فالعبرة بمحل اقامته المعتاد.

2. إذا كان المركز الرئيسي لأعمال كل من طرفي التحكيم يقع في ذات الدولة وقت إبرام اتفاق التحكيم، و كان أحد الأماكن التالية واقعا خارج هذه الدولة:
- (أ) مكان إجراء التحكيم كما عينه اتفاق التحكيم أو أشار إلى كيفية تعيينه.
- (ب) مكان تنفيذ جانب جوهرى من الالتزامات الناشئة عن العلاقات التجارية بين الطرفين.
- (ج) المكان الأكثر ارتباطا بموضوع النزاع.
3. إذا كان موضوع النزاع الذي ينصب عليه اتفاق التحكيم يرتبط بأكثر من دولة واحدة.

مادة (5)

1. يكون الاختصاص بنظر مسائل التحكيم التي يحيلها هذا القانون إلى القضاء في الدولة للمحكمة المختصة أصلا بنظر النزاع سواء كانت تابعة للقضاء الاتحادي للدولة أو القضاء المحلي، أما إذا كان التحكيم تجاريا دوليا سواء جرى في الدولة أو في الخارج فيكون الاختصاص لمحكمة استئناف أبوظبي الاتحادية ما لم يتفق الطرفان على اختصاص محكمة استئناف أخرى في الدولة.
2. وتظل المحكمة التي ينعقد لها الاختصاص وفقا للفقرة السابقة دون غيرها صاحبة الاختصاص حتى انتهاء جميع إجراءات التحكيم.

مادة (6)

- يجوز للمحكمة المشار إليها في المادة (5) أن تأمر - بناء على طلب أحد طرفي التحكيم أو بناء على طلب هيئة التحكيم - باتخاذ تدابير مؤقتة أو تحفظية سواء قبل البدء في إجراءات التحكيم أو أثناء سير تلك الإجراءات.
- و لا يترتب على إتخاذ المحكمة التدابير المشار إليها وقف إجراءات التحكيم.

مادة (7)

في الأحوال التي يجيز فيها هذا القانون لطرفي التحكيم اختيار الإجراء الواجب الاتباع في مسألة معينة يكون لكل منهما الترخيص لغيرهما في اختيار هذا الإجراء، و يعتبر من الغير في هذا الشأن كل منظمة أو مركز للتحكيم داخل الدولة أو خارجها.

مادة (8)

إذا اتفق طرفا التحكيم على إخضاع العلاقة القانونية بينهما لأحكام عقد نموزجي أو اتفاقية دولية أو أية وثيقة أخرى، و جب العمل بهذه الأحكام بما تشمله من أحكام خاصة بالتحكيم.

مادة (9)

1. ما لم يوجد اتفاق خاص بين طرفي التحكيم يتم تسليم أي رسالة أو إعلان إلى المرسل إليه شخصيا أو في مقر عمله أو في محل إقامته المعتاد أو في عنوانه البريدي المعروف للطرفين أو المحدد في مشاركة التحكيم أو في الوثيقة المنظمة للعلاقة التي يتناولها التحكيم.
2. و إذا تعذر معرفة أحد هذه العناوين بعد إجراء التحريات اللازمة يعتبر التسليم قد تم إذا كان الإعلان بكتاب مسجل إلى آخر مقر عمل أو محل إقامة معتاد أو عنوان بريدي معروف للمرسل إليه.
3. لا تسري أحكام هذه المادة على الإعلانات القضائية أمام المحاكم.

مادة (10)

إذا استمر أحد طرفي النزاع في إجراءات التحكيم مع علمه بوقوع مخالفة لبند في اتفاق التحكيم، أو لحكم من أحكام هذا القانون مما يجوز الاتفاق على مخالفته، و لم يقدم اعتراضا على هذه المخالفة في الميعاد المنفق عليه أو في وقت معقول – عند عدم الاتفاق – اعتبر ذلك منه نزولا عن حقة في الإعتراض.

الباب الثالث

اتفاق التحكيم

مادة (11)

1. اتفاق التحكيم هو اتفاق بين الطرفين على اللجوء الى التحكيم لتسوية كل أو بعض المنازعات التي نشأت أو يمكن أن تنشأ بينهما بمناسبة علاقة قانونية معينة عقدية كانت أو غير عقدية.
2. يجوز أن يكون اتفاق التحكيم سابقا على قيام النزاع سواء قام مستقلا بذاته أو ورد في عقد معين بشأن كل أو بعض المنازعات التي قد تنشأ بين الطرفين و في هذه الحالة يجب أن يحدد موضوع النزاع في بيان الدعوى المشار اليه في الفقرة الأولى من المادة (30) من هذا القانون، كما يجوز أن يتم اتفاق التحكيم بعد قيام النزاع و لو كانت قد أقيمت في شأنه دعوى أمام جهة قضائية و في هذه الحالة يجب أن يحدد الاتفاق المسائل التي يشملها التحكيم و إلا كان الاتفاق باطلا.
3. و يعتبر اتفاقا على التحكيم كل احالة ترد في العقد إلى وثيقة تتضمن شرط تحكيم إذا كانت الإحالة واضحة في اعتبار هذا الشرط جزءا من العقد.
4. يعتبر شرط التحكيم اتفاقا مستقلا عن شروط العقد الأخرى، ولا يترتب على بطلان العقد أو فسخه أو انهائه أي أثر على شرط التحكيم الذي يتضمنه إذا كان هذا الشرط صحيحا في ذاته.

مادة (12)

يجب أن يكون اتفاق التحكيم مكتوبا و إلا كان باطلا، و يكون الاتفاق مكتوبا إذا تضمنه محرر وقعه الطرفان أو ورد فيما تبادلته الطرفان من رسائل أو برقيات أو غيرها من وسائل الاتصال المكتوبة أو تم بموجب رسالة إلكترونية وفقا للقواعد النافذة بشأن المعاملات الإلكترونية.

مادة (13)

لا يجوز الاتفاق على التحكيم إلا من الشخص الطبيعي أو الاعتباري الذي يملك التصرف في حقوقه.

مادة (14)

لا يجوز التحكيم في المسائل التي لا يجوز فيها الصلح.

مادة (15)

1. يجب على المحكمة التي يرفع إليها نزاع يوجد بشأنه اتفاق تحكيم، أن تحكم بعدم قبول الدعوى إذا دفع المدعي عليه بذلك قبل ابدائه أي طلب أو دفاع في الدعوى. و ذلك ما لم يتضح للمحكمة أن الاتفاق باطل أو لاغ أو يستحيل تنفيذه.
2. ولا يحول رفع الدعوى المشار إليها في الفقرة السابقة دون البدء في إجراءات التحكيم أو الاستمرار فيها أو إصدار حكم التحكيم.

الباب الرابع

هيئة التحكيم

مادة (16)

1. يتولى مهمة التحكيم شخص طبيعي، و إذا كانت الجهة التي تتولى التحكيم شخصا اعتباريا فإن مهمتها تقتصر على تنظيم عملية التحكيم.
2. تشكل هيئة التحكيم باتفاق الطرفين من محكم واحد أو أكثر، فإذا لم يتفقا على عدد المحكمين كان العدد ثلاثة.
3. إذا تعدد المحكمون وجب أن يكون عددهم وترا و إلا كان التحكيم باطلا.

مادة (17)

1. لا يجوز أن يكون المحكم قاصرا أو محجورا عليه أو محروما من حقوقه المدنية بسبب الحكم عليه في جناية أو جنحة مخلة بالشرف أو الأمانة أو بسبب شهر إفلاسه.

2. لا يشترط أن يكون المحكم من جنسية معينة إلا إذا اتفق طرفا التحكيم أو نص القانون على غير ذلك.

مادة (18)

1. لطرفي التحكيم الاتفاق على اختيار المحكمين و على كيفية و وقت اختيارهم، فإذا لم يتفقا اتبع ما يأتي:

أ. إذا كانت هيئة التحكيم مشكلة من محكم واحد تولت المحكمة المشار إليها في المادة (5) من هذا القانون اختياره بناء على طلب أحد الطرفين.

ب. فإذا كانت هيئة المحكمين مشكلة من ثلاث محكمين أختار كل طرف محكما، ثم يتفق المحكمان على اختيار المحكم الثالث فإذا لم يعين أحد الطرفين محكمه خلال الخمسة عشر يوما التالية لتسلمه طلبا بذلك من الطرف الآخر أو إذا لم يتفق المحكمان المعينان على اختيار المحكم الثالث خلال الخمسة عشر يوما التالية لتاريخ تعيين اخرهما تولت المحكمة المشار إليها في المادة (5) من هذا القانون تعيينه بناء على طلب أحد الطرفين و يتولى المحكم الذي اختاره المحكمان المعينان أو الذي عينته المحكمة رئاسة هيئة التحكيم، و تسري هذه الأحكام في حالة تشكيل هيئة التحكيم من أكثر من ثلاثة محكمين.

2. و إذا خالف أحد الطرفين إجراءات اختيار المحكمين التي اتفقا عليها أو لم يتفقا أصلا على تلك الإجراءات أو لم يتفق المحكمان المعينان على أمر مما يلزم اتفاقهما عليه، أو تخلف الغير – حتى لو كان مركز تحكيم – عن أداء ما عهد إليه به في هذا الشأن، تولت المحكمة المشار إليها في المادة (5) من هذا القانون بناء على طلب أحد الطرفين القيام بالإجراء أو بالعمل المطلوب ما لم ينص الاتفاق على كيفية أخرى لإتمام الإجراء أو العمل.

3. و تراعي المحكمة في المحكم الذي تختاره الشروط التي يتطلبها هذا القانون و تلك التي اتفق عليها الطرفان و تصدر حكمها على وجه السرعة، و لا يقبل هذا الحكم الطعن فيه بأي طريق. و إذا كان التحكيم دوليا فيتعين ألا يكون المحكم إذا كان فردا أو رئيسا لهيئة التحكيم من جنسية أحد أطراف النزاع.

مادة (19)

1. يكون قبول المحكم القيام بمهمته كتابة و يجب عليه أن يفصح عند قبوله و خلال مباشرته لإجراءات التحكيم عن أية ظروف من شأنها إثارة شكوك حول استقلاله أو حيده.
2. لا يجوز رد المحكم إلا إذا قامت ظروف تثير شكوكا لها ما يبررها حول حيده أو استقلاله.
3. لا يجوز لأي من طرفي التحكيم رد المحكم الذي عينه أو الذي اشترك في تعيينه إلا لسبب تبينه بعد أن تم هذا التعيين.

مادة (20)

1. يقدم طلب الرد كتابة إلى هيئة التحكيم مبينا فيه أسباب الرد خلال خمسة عشر يوما من تاريخ علم طالب الرد بتشكيل الهيئة أو بالظروف المبررة للرد، فإذا لم يتتح المحكم المطلوب رده خلال سبعة أيام من تاريخ تقديم الطلب جاز لطالب الرد رفع طلبه إلى المحكمة المشالا إليها في المادة (5) من هذا القانون خلال خمسة عشر يوما تبدأ من نهاية السبعة أيام و تبت المحكمة في طلب الرد على وحه السرعة، و يكون حكمها غير قابل للطعن.
2. لا يترتب على تقديم طلب الرد إلى هيئة التحكيم، أو على رفع هذا الطلب إلى المحكمة وقف إجراءات التحكيم اللاحقة لتاريخ نشوء سبب الرد بما في ذلك حكم المحكمين كأن لم يكن.

مادة (21)

إذا تعذر على المحكم أداء مهنته أو لم يباشرها، أو انقطع عن أدائها بما يؤدي إلى تأخير لا مبرر له في إجراءات التحكيم، أو إذا ثبت افتقاره لمؤهلات سبق أن اتفق طرفا التحكيم على استلزامها و لم يتتح و لم يتفق الطرفان على عزله، جاز للمحكمة المشار إليها في المادة (5) من هذا القانون إنهاء مهمته بناء على طلب أي من الطرفين، و يكون الحكم الصادر في هذا الشأن غير قابل للطعن.

مادة (22)

1. إذا انتهت مهمة المحكم برده أو عزله أو تنحيه أو بأي سبب آخر وجب تعيين بديل له وفقا للإجراءات التي تتبع في اختيار المحكم الذي انتهت مهمته.
2. لا يعتبر تنحي المحكم عن مهمته أو اتفاق الطرفين على ذلك الإنهاء إقرارا بصحة أي من أسباب الرد.

مادة (23)

1. تفصل هيئة التحكيم في الدفوع المتعلقة بعدم اختصاصها بما في ذلك الدفوع المبنية على عدم وجود اتفاق تحكيم أو سقوطه أو بطلانه أو عدم شموله لموضوع النزاع.
2. يجب التمسك بهذه الدفوع في ميعاد لا يجاوز ميعاد تقديم دفاع المدعي عليه المشار إليه في البند (2) من المادة (29) من هذا القانون. ولا يترتب على قيام أحد طرفي التحكيم بتعيين محكم أو الاشتراك في تعيينه سقوط حقه في تقديم أي من هذه الدفوع، أما الدفع بعدم شمول اتفاق التحكيم لما يثيره الطرف الآخر من مسائل أثناء نظر النزاع فيجب التمسك به فورا و إلا سقط الحق فيه و يجوز في جميع الأحوال أن تقبل هيئة التحكيم الدفع المتأخر إذا رأت أن التأخير كان لسبب مقبول.
3. تفصل هيئة التحكيم في الدفوع المشار إليها في هذه المادة قبل الفصل في الموضوع، أو تقرر ضمها للموضوع لتفصل فيهما معا، فإذا قضت برفض الدفع فلا يجوز التمسك به إلا بطريق رفع دعوى بطلان حكم التحكيم المنهي للخصومة كلها.

الباب السادس

إجراءات التحكيم

مادة (24)

لأطراف التحكيم الاتفاق على الإجراءات التي يتعين على هيئة التحكيم اتباعها بما في ذلك إخضاع هذه الإجراءات للقواعد النافذة في أية منظمة أو مركز تحكيم في الدولة أو خارجها. فإذا لم يوجد مثل هذا الاتفاق كان لهيئة التحكيم مع مراعاة أحكام هذا القانون أن تختار الإجراءات التي تراها مناسبة.

مادة (25)

يعامل طرفا التحكيم على قدم المساواة و تهيأ لكل منهما فرصة متكافئة و كاملة لعرض طلباته و دفاعه.

مادة (26)

تبدأ إجراءات التحكيم من تاريخ انعقاد الجلسة الأولى التي تحددها هيئة التحكيم.

مادة (27)

لطرفي التحكيم الاتفاق على مكان التحكيم فإذا لم يوجد اتفاق، عينت هيئة التحكيم مكان التحكيم، مع مراعاة ظروف الدعوى، و ملاءمة المكان لأطرافها، و لا يخل ذلك بسلطة الهيئة أن تجتمع في أي مكان تراه مناسباً للقيام بإجراء من إجراءات التحكيم كسماع أطراف النزاع أو الشهود أو الخبراء أو الاطلاع على مستندات أو معاينة بضاعة أو أموال أو إجراء مداولة بين أعضائها أو غير ذلك.

مادة (28)

1. يجري التحكيم باللغة العربية ما لم يتفق الطرفان أو تحدد هيئة التحكيم لغة أو لغات أخرى، و يسري حكم الاتفاق أو القرار على لغة البيانات و المذكرات المكتوبة و على المرافعات الشفهية، و كذلك على كل قرار تتخذه الهيئة أو رسالة توجهها أو حكم تصدره ما لم ينص اتفاق الطرفين أو قرار الهيئة على غير ذلك.
2. لهيئة التحكيم أن تقرر إرفاق ترجمة إلى اللغة أو اللغات المستعملة في التحكيم لكل أو لبعض الوثائق المكتوبة التي تقدم في الدعوى، و في حالة تعدد اللغات يجوز قصر الترجمة على بعضها.

مادة (29)

1. يرسل المدعي خلال الميعاد المتفق عليه بين الطرفين أو الذي تعينه هيئة التحكيم إلى المدعى عليه و إلى كل واحد من المحكمين بياناً مكتوباً بدعواه يشتمل على اسمه و عنوانه و اسم المدعى عليه و عنوانه و شرح لوقائع الدعوى و تحديد للمسائل محل النزاع و طلباته و كل أمر آخر يوجب اتفاق الطرفين ذكره في هذا البيان.
2. يرسل المدعى عليه خلال الميعاد المتفق عليه بين الطرفين أو الذي تعينه هيئة التحكيم إلى المدعي و إلى كل واحد من المحكمين مذكرة مكتوبة بدفاعه رداً على ما جاء ببيان الدعوى، و له أن يضمن هذه المذكرة أية طلبات عارضة متصلة بموضوع النزاع أو أن يتمسك بحق ناشئ عنه بقصد الدفع بالمقاصة، و له ذلك و لو في مرحلة لاحقة من الإجراءات إذا رأت هيئة التحكيم أن الظروف تبرر التأخير.
3. لكل من الطرفين أن يرفق بصحيفة الدعوى أو بمذكرة الدفاع حسب الأحوال صوراً من الوثائق التي يستند إليها، و أن يشير إلى كل أو بعض الوثائق و أدلة الإثبات التي يعتزم تقديمها و لا يخل هذا بحق هيئة التحكيم في أي مرحلة كانت عليها الدعوى في طلب تقديم المستندات أو الوثائق التي يستند إليها أي من طرفي الدعوى.

مادة (30)

ترسل صورة مما يقدمه أحد الطرفين إلى هيئة التحكيم من مذكرات أو مستندات أو أوراق أو تقارير و غيرها إلى الطرف الآخر.

مادة (31)

لكل من طرفي التحكيم تعديل طلباته أو أوجه دفاعه أو استكمالها خلال إجراءات التحكيم ما لم تقرر هيئة التحكيم عدم قبول ذلك منعا لتعطيل الفصل في النزاع.

مادة (32)

1. تعقد هيئة التحكيم جلسات مرافعة لتمكين كل من الطرفين من شرح موضوع الدعوى و عرض حججه و أدلته، و لها الاكتفاء بتقديم المذكرات و الوثائق ما لم يتفق الطرفان على غير ذلك.
2. و يجب إخطار طرفي التحكيم بمواعيد الجلسات و الاجتماعات التي تقرر هيئة التحكيم عقدها قبل التاريخ الذي تعينه لذلك بوقت كاف تقدره الهيئة حسب الظروف.
3. تدون خلاصة وقائع كل جلسة تعقدها هيئة التحكيم في محضر تسلم صورة منه إلى كل من الطرفين ما لم يتفقا على غير ذلك.
4. يكون سماع الشهود و الخبراء بعد أداء اليمين وفق الصيغة التي تقررها هيئة التحكيم.

مادة (33)

إذا لم يقدم المدعي دون عذر مقبول صحيفة دعواه وفقا للبند (1) من المادة (29) من هذا القانون، و يجب أن تقرر هيئة التحكيم إنهاء الإجراءات ما لم يتفق الطرفان على غير ذلك.

مادة (34)

إذا تخلف أحد الطرفين عن حضور إحدى الجلسات أو عن تقديم ما طلب منه من مستندات دون عذر مقبول جاز لهيئة التحكيم الاستمرار في إجراءات التحكيم و إصدار حكم في النزاع استنادا ألى عناصر الإثبات الموجودة أمامها.

مادة (35)

1. لهيئة التحكيم تعيين خبير أو أكثر لتقديم تقرير مكتوب أو شفهي و تحدد مهمته في محضر الجلسة و ترسل إلى كل من الطرفين نسخة من قرارها.

2. و على كل من الطرفين أن يقدم إلى الخبير المعلومات المتعلقة بالنزاع و أن يمكنه من معاينة و فحص ما يطلبه من وثائق أو بضائع أو أموال متعلقة بالنزاع، و تفصل هيئة التحكيم في كل نزاع ينشأ بين الخبير و أحد الطرفين في هذا الشأن.
3. ترسل هيئة التحكيم صورة من تقرير الخبير بمجرد إيداعه إلى كل من الطرفين مع اتاحة الفرصة لأي منهما لإبداء رأيه فيه، و لكل من الطرفين الحق في الاطلاع على الوثائق التي استند إليها الخبير في تقريره و فحصها و الرد عليها.
4. لهيئة التحكيم بعد تقديم تقرير الخبير أن تقرر من تلقاء نفسها أو بناء على طلب أحد طرفي التحكيم، عقد جلسة لسماع أقوال الخبير مع اتاحة الفرصة للطرفين لسماعه و مناقشته بشأن ما ورد في تقريره، و لكل من الطرفين أن يستعين بخبير أو أكثر من طرفه لإبداء الرأي في المسائل التي تناولها تقرير الخبير الذي عينته هيئة التحكيم ما لم يتفق طرفا التحكيم على غير ذلك.

مادة (36)

لهيئة التحكيم و لأي من الطرفين طلب المساعدة من المحكمة المختصة في الدولة للحصول على أدلة، و للمحكمة المعنية تنفيذ الطلب في حدود سلطتها و وفقا لقواعدها الخاصة بالحصول على الأدلة.

مادة (37)

- لرئيس المحكمة المشار إليها في المادة (5) من هذا القانون بناء على طل هيئة التحكيم ما يأتي:
1. الحكم على من يتخلف من الشهود عن الحضور أو يمتنع عن حلف اليمين أو يمتنع بغير مبرر قانوني عن الإجابة بالجزاءات المقررة قانونا.
 2. تكليف الغير بإبراز مستند في حوزته ضروري للفصل في النزاع.
 3. الأمر بالإنبابة القضائية.

مادة (38)

ينقطع سير الخصومة أمام هيئة التحكيم في الأحوال و وفقا للشروط المقررة في قانون الإجراءات المدنية، و يترتب على انقطاع سير الخصومة الآثار المقررة لذلك في القانون المذكور.

الباب السابع

حكم التحكيم و انتهاء الإجراءات

مادة (39)

1. تطبق هيئة التحكيم على موضوع النزاع القواعد التي يتفق عليها الطرفان، و إذا اتفقا على تطبيق قانون دولة معينة اتبعت القواعد الموضوعية فيه دون القواعد الخاصة بتنازع القوانين ما لم يتفق على غير ذلك.
2. و إذا لم يتفق الطرفان على القواعد القانونية واجبة التطبيق على موضوع النزاع، طبقت هيئة التحكيم القواعد الموضوعية في القانون الذي ترى أنه الأكثر اتصالا بالنزاع.
3. يجب أن تراعي هيئة التحكيم عند الفصل في موضوع النزاع شروط العقد محل النزاع و الأعراف الجارية في نوع المعاملة و ما جرى عليه التعامل بين الطرفين.
4. يجوز لهيئة التحكيم، إذا اتفق طرفا التحكيم صراحة على تفويضها بالصلح، أن تفصل في موضوع النزاع على مقتضى قواعد العدالة و الإنصاف دون التقيد بأحكام القانون.

مادة (40)

يصدر حكم هيئة التحكيم المشكلة من أكثر من محكم واحد بأغلبية الآراء.

مادة (41)

إذا اتفق الطرفان خلال إجراءات التحكيم على تسوية تنهي النزاع كان لهما أن يطلبوا إثبات شروط التسوية أمام هيئة التحكيم التي يجب عليها في هذه الحالة أن تصدر قرارا يتضمن شروط التسوية و ينهي الإجراءات. و يكون لهذا القرار ما لأحكام المحكمين من آثار.

مادة (42)

1. يصدر حكم التحكيم كتابة، و إذا كانت هيئة التحكيم مشكلة من أكثر من محكم صدر الحكم بأغلبية الآراء. و إذا تشعبت آراء المحكمين بحيث لا تتحقق معها الأغلبية أصدر رئيس الهيئة الحكم و تجب كتابة الرأي أو الآراء المخالفة.
2. يوقع المحكمون الحكم، و إذا رفض واحد من المحكمين توقيع الحكم ذكر ذلك فيه، و يكون الحكم صحيحا إذا وقعته أغلبية المحكمين.
3. يجب أن يكون حكم التحكيم مسببا إلا إذا اتفق طرفا التحكيم على غير ذلك أو كان القانون الواجب التطبيق على إجراءات التحكيم لا يشترط ذكر أسباب الحكم.
4. يجب أن يشتمل حكم التحكيم على أسماء الخصوم و عناوينهم و أسماء المحكمين و جنسياتهم و مكان و تاريخ إصداره و صورة من اتفاق التحكيم و ملخص لطلبات الخصوم و أقوالهم و مستنداتهم و منطوق الحكم و أسبابه إذا كان ذكرها واجبا.

مادة (43)

يجوز أن تصدر هيئة التحكيم أحكاما وقتية أو في جزء من الطلبات، و ذلك قبل إصدار الحكم المنهي للخصومة كلها.

مادة (44)

1. على هيئة التحكيم إصدار الحكم المنهي للخصومة كلها خلال الميعاد الذي اتفق عليه الطرفان، فإن لم يوجد اتفاق وجب أن يصدر الحكم خلال ستة أشهر من تاريخ عقد أول جلسة و في جميع الأحوال يجوز أن تقرر هيئة التحكيم مد الميعاد على ألا تزيد فترة المد على ستة أشهر ما لم يتفق الطرفان على مدة تزيد على ذلك.
2. إذا لم يصدر حكم التحكيم خلال الميعاد المشار إليه في البند السابق، جاز لأي من طرفي التحكيم أن يطلب من رئيس المحكمة المشار إليها في المادة (5) من هذا القانون أن يصدر أمرا بتحديد

ميعاد إضافي أو بإنهاء إجراءات التحكيم و يكون لأي من الطرفين عندئذ رفع دعواه إلى المحكمة المختصة أصلا بنظرها.

مادة (45)

إذا عرضت خلال إجراءات التحكيم مسألة تخرج عن ولاية هيئة التحكيم أو طعن بالتزوير في ورقة قدمت إليها، أو اتخذت إجراءات جنائية عن تزويرها أو عن فعل جنائي آخر، فلهيئة التحكيم الاستمرار في نظر موضوع النزاع إذا رأت أن الفصل في هذه المسألة أو في تزوير الورقة أو في الفعل الجنائي الآخر ليس لازما للفصل في موضوع النزاع، و إلا أوقفت الإجراءات حتى يصدر حكم نهائي في هذا الشأن. و يترتب على ذلك وقف سريان الميعاد المحدد لإصدار حكم التحكيم.

مادة (46)

1. في التحكيم الذي يتم عن طريق المحكمة -أيا كانت درجتها أو نوعها- يجب على المحكمين إيداع الحكم مع اتفاق التحكيم و المحاضر و المستندات قلم كتاب تلك المحكمة خلال الخمسة عشر يوما التالية لصدور الحكم، كما يجب عليهم إيداع صور موقعة من الحكم لتسليمها إلى كل طرف و يحرر كاتب المحكمة محضرا بهذا الإيداع يعرضه على القاضي أو رئيس الدائرة بحسب الأحوال لتحديد جلسة خلال خمسة عشر يوما للتصديق على الحكم و يعلن بها الأطراف.
 2. أما في التحكيم الذي يتم بين الخصوم خارج المحكمة فيجب على المحكمين أن يسلموا أو يرسلوا صورة موقعة من الحكم إلى كل طرف، وعلى من صدر لصالحه حكم التحكيم إيداع أصل الحكم أو صورة منه باللغة التي صدر بها مع ترجمته من جهة معتمدة إلى اللغة العربية، إذا كان صادرا بلغة أخرى، و ذلك قلم كتاب المحكمة المشار إليها في المادة (5) من هذا القانون خلال أسبوعين من صدور الحكم.
- ويحرر كاتب المحكمة محضرا بهذا الإيداع و يجوز لكل من طرفي التحكيم طلب الحصول على صورة من هذا المحضر.

مادة (47)

1. تنتهي إجراءات التحكيم بصدور الحكم المنهي للخصومة كلها، أو بصدور أمر بإنهاء إجراءات التحكيم وفقا للبند الثاني من المادة (44) من هذا القانون. كما تنتهي أيضا بصدور قرار من الهيئة بإنهاء الإجراءات في الأحوال الآتية:

- أ. إذا اتفق الطرفان على إنهاء إجراءات التحكيم.
- ب. إذا ترك المدعي خصومة التحكيم ما لم تقرر هيئة التحكيم بناء على طلب المدعي عليه أن له مصلحة جدية في استمرار الإجراءات حتى تحسم النزاع.
- ج. إذا رأت هيئة التحكيم لأي سبب آخر عدم جدوى استمرار التحكيم أو استحالتة.

2. مع مراعاة المادة (49) و (50) و (51) من هذا القانون تنتهي مهمة هيئة التحكيم بإنهاء إجراءات التحكيم.

مادة (48)

لا يجوز نشر حكم التحكيم أو جزء منه إلا بموافقة طرفي التحكيم.

مادة (49)

1. يجوز لكل من طرفي التحكيم أن يطلب من هيئة التحكيم خلال الخمسة عشر يوما التالية لتسلمه حكم التحكيم تفسير ما وقع في منطوقة من غموض، و يجب على طالب التفسير إعلان الطرف الآخر بهذا الطلب قبل تقديمه لهيئة التحكيم.
2. يصدر التفسير كتابة خلال الثلاثين يوما التالية لتاريخ تقديم الطلب إلى الهيئة و يجوز لها مد هذا الميعاد ثلاثين يوما أخرى إذا رأت وجها لذلك.
3. يعتبر الحكم الصادر بالتفسير متمما لحكم التحكيم الذي يفسره و تسري عليه أحكامه.

مادة (50)

1. تتولى هيئة التحكيم تصحيح ما وقع في حكمها من أخطاء مادية بحتة كتابية أو حسابية، و ذلك بقرار تصدره من تلقاء نفسها أو بناء على طلب أحد الأطراف بعد إعلان الأطراف الآخرين، و يقدم الطلب خلال الخمسة عشر يوما التالية لتسلم حكم التحكيم، و تجري هيئة التحكيم التصحيح من غير مراعاة - إن رأت وجها لذلك - خلال الثلاثين يوما التالية لتاريخ صدور الحكم أو تقديم طلب التصحيح بحسب الأحوال، و لها مد هذا الميعاد ثلاثين يوما أخرى إذا رأت ضرورة لذلك.
2. يصدر قرار التصحيح كتابة من هيئة التحكيم، و يعلن إلى الطرفين خلال خمسة عشر يوما من تاريخ صدوره، و إذا تجاوزت هيئة التحكيم سلطتها في التصحيح جاز التمسك ببطلان هذا القرار بدعوى بطلان تسري عليها أحكام المادتين (53) و (54) من هذا القانون.

مادة (51)

1. يجوز لكل من طرفي التحكيم و لو بعد انتهاء ميعاد التحكيم أن يطلب من هيئة التحكيم خلال الخمسة عشر يوما التالية لتسلمه حكم التحكيم إصدار حكم تحكيم إضافي في طلبات قدمت خلال الإجراءات و أغفلها حكم التحكيم، على أن يعلن هذا الطلب للطرف الأخر.
2. تصدر هيئة التحكيم حكمها خلال ستين يوما من تاريخ تقديم الطلب إن رأت للطلب ما يبرره، و يجوز لها مد هذا الميعاد ثلاثين يوما أخرى.

الباب الثامن

بطلان حكم التحكيم

مادة (52)

1. لا تقبل أحكام التحكيم التي تصدر طبقا لأحكام هذا القانون الطعن فيها بأي طريق من طرق الطعن العادية أو غير العادية.
2. يجوز رفع دعوى بطلان حكم التحكيم وفقا للأحكام المبينة في المادتين التاليتين.

مادة (53)

- (أ) لا يحكم ببطلان حكم التحكيم إلا في أحد الأحوال الآتية:
- 1 - إذا لم يوجد اتفاق تحكيم أو وجد اتفاق باطل أو قابل للإبطال أو سقط الاتفاق بانتهاء مدته.
 - 2 - إذا كان أحد طرفي اتفاق التحكيم وقت إبرامه فاقد الأهلية أو ناقصها وفقا للقانون الذي يحكم أهليته.
 - 3 - إذا تعذر على أحد طرفي التحكيم تقديم دفاعه بسبب عدم إعلانه إعلانا صحيحا بتعيين محكم أو بإجراءات التحكيم أو لأي سبب آخر عن إرادته.
 - 4 - إذا استبعد حكم التحكيم تطبيق القانون الذي اتفق الأطراف على تطبيقه على موضوع النزاع.
 - 5 - إذا تم تشكيل هيئة التحكيم أو تعيين المحكمين على وجه مخالف للقانون أو اتفاق الطرفين.
 - 6 - إذا فصل حكم التحكيم في مسائل لا يشملها اتفاق التحكيم أو جاوز حدود هذا الاتفاق، و مع ذلك إذا أمكن فصل أجزاء الحكم الخاصة بالمسائل الخاضعة للتحكيم عن أجزائه الخاصة بالمسائل غير الخاضعة له، فلا يقع البطلان إلا على الأجزاء الأخيرة وحدها.
 - 7 - إذا وقع بطلان في حكم التحكيم أو كانت إجراءات التحكيم باطلة بطلانا أثر في الحكم.
 - 8 - إذا تقرر بطلان حكم التحكيم في البلد الذي صدر فيه.
- (ب) و تقضي المحكمة التي تنتظر دعوى البطلان من تلقاء نفسها ببطلان حكم التحكيم إذا تضمن ما يخالف النظام العام في الدولة.

مادة (54)

1. ترفع دعوى بطلان حكم التحكيم خلال الستين يوما التالية لتاريخ إعلان أو استلام حكم التحكيم.
2. لا يحول دون قبول دعوى البطلان نزول مدعي البطلان عن حقه في رفعها قبل صدور حكم التحكيم.
3. تختص بدعوى البطلان في التحكيم التجاري الدولي المحكمة المشار إليها في المادة (5) من هذا القانون، و في غير التحكيم التجاري الدولي يكون الاختصاص لمحكمة الاستئناف التي تتبعها المحكمة أصلا بنظر النزاع.

الباب التاسع
حجية أحكام المحكمين و تنفيذها
مادة (55)

تحوز أحكام المحكمين الصادرة طبقا لهذا القانون حجية الأمر المقضي، و تكون واجبة النفاذ بمراعاة الأحكام المنصوص عليها في هذا القانون.

مادة (56)

مع مراعاة ما ورد في البند الأول من المادة (46) من هذا القانون يختص رئيس المحكمة المشار إليها في المادة (5) من هذا القانون أو من يندبه من قضاتها باصدار الأمر بتنفيذ حكم المحكمين و يقدم طلب تنفيذ الحكم مرفقا به:

- 1 - أصل الحكم أو صورة موقعة منه.
- 2 - صورة من اتفاق التحكيم.
- 3 - ترجمة مصدق عليها من جهة معتمدة إلى اللغة العربية لحكم التحكيم إن لم يكن صادرا بها.
- 4 - صورة من المحضر الدال على إيداع الحكم وفقا لحكم المادة (46) من هذا القانون.

مادة (57)

لا يترتب على رفع دعوى البطلان وقف تنفيذ حكم التحكيم، و مع ذلك يجوز للمحكمة أن تأمر بوقف التنفيذ إذا طلب المدعي ذلك في صحيفة الدعوى و كان الطلب مبني على أسباب جدية.
و على المحكمة الفصل في طلب وقف التنفيذ خلا (30) ثلاثين يوما من تاريخ أول جلسة محددة لنظره، و إذا أمرت بوقف التنفيذ جاز لها أن تأمر بتقديم كفالة أو ضمان مالي.
و عليها إذا أمرت بوقف التنفيذ الفصل في دعوى البطلان خلال (3) ثلاثة أشهر من تاريخ صدور هذا الأمر.

مادة (58)

1. لا يقبل طلب تنفيذ حكم التحكيم إذا لم يكن ميعاد رفع دعوى بطلان الحكم قد انقضى.
2. لا يجوز الأمر بتنفيذ حكم التحكيم وفقا لهذا القانون إلا بعد التحقق مما يأتي:
 أ. أنه لا يتعارض مع حكم سبق صدوره من محاكم الدولة في موضوع النزاع.
 ب. أنه لا يتضمن ما يخالف النظام العام في الدولة.
 ج. أنه قد تم إعلانه للمحكوم عليه إعلانا صحيحا.
3. يجوز التظلم من الأمر الصادر بتنفيذ حكم التحكيم إلى المحكمة المختصة وفقا للمادة (5) من هذا القانون خلال (30) ثابتن يوما من تاريخ صدوره.

مادة (59)

تلغى المواد من 203 إلى 218 من قانون الإجراءات المدنية الاتحادي رقم (13) لسنة 1992م، كما يلغى أي حكم مخالف لأحكام هذا القانون.

مادة (60)

ينشر هذا القانون في الجريدة الرسمية، و يعمل به من تاريخ نشره.

خليفة بن زايد آل نهيان

رئيس دولة الإمارات العربية المتحدة